



INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT/ IFFF  
 WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM/ WILPF  
 Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, ECOSOC, UNCTAD und UNESCO  
 Sonderberaterstatus bei FAO, ILO und UNICEF  
 - Deutsche Sektion: [www.wilpf.de](http://www.wilpf.de) -



IFFF-Frauen demonstrierten mit weiteren Frauen der Münchener Friedensbewegung im Vorfeld des öffentlichen Rekrutengelöbnisses am 27.07.2009 gegen Militäreinsätze mit den Transparenten:  
**FRIEDEN kann Mensch nicht KRIEGen – Wir trauern um die Opfer aller Kriege.**

Neuburg, 28.08.2009

Liebe IFFF-Frauen,

besonders herzlich möchte ich die neuen Mitglieder begrüßen, wir können wirklich jede Verstärkung brauchen. Außerdem möchte ich Erika Wunderer gratulieren, die am 4. August 90 Jahre alt wurde. Wie rüstig sie noch immer ist - und auch immer noch gegen Rüstung - könnt ihr daraus sehen, dass sie so schnell in ihrem Kalender keinen Termin zum Feiern mit uns in München finden konnte. Auch Helga Finsterle gratuliere herzlich ich zum 80. Geburtstag.

Anfang Mai hat Nina Althoff an alle Parteivorstände und die ersten 5 ListenkandidatInnen der Europawahl-Listen 2009 eine deutsche Kurzzusammenfassung des Forderungskatalogs „Die Förderung von Frieden und Sicherheit in der EU“ geschickt, den die europäischen Sektionen von WILPF als kleine Broschüre zur Europawahl herausgebracht hatten (die Papierausgabe ist bereits vergriffen, der Text ist abzurufen auf unserer Website unter:

[www.wilpf.de/cms/front\\_content.php?idart=55](http://www.wilpf.de/cms/front_content.php?idart=55)). Schwerpunkte unserer Anfrage waren die Themen Konfliktprävention und Resolution 1325, Abrüstung und Stopp der Militarisierung der EU, Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele in der EU Außen- und Handelspolitik, die präventive Zusammenarbeit mit multinationalen Organisationen sowie die Durchsetzung der Menschenrechte.

Die CDU/ CSU nahm unsere Forderungen mit „großem Interesse“ zur Kenntnis, begrüßte unser Engagement und hoffte auf eine gute Zusammenarbeit in der nächsten Legislaturperiode.

Die SPD antwortete auf unsere Mail vom „23. Februar“ (s. o.) Mitte Juni mit einem längeren Schreiben. Darin wird die EU als Friedensmacht bezeichnet, die in Konfliktregionen Frieden sichere und eine demokratische Entwicklung ermögliche. „Die überwiegende Mehrzahl der bisherigen EU-Auslandseinsätze war rein ziviler Natur.“(!) Gender Mainstreaming solle in allen Politikbereichen angewandt werden und eine geschlechterspezifische Sicherheitspolitik betrieben werden. Sie seien für den Abzug aller „substrategischen“ Nuklearwaffen aus Europa, u. a. aus Deutschland, für eine restriktive, europäisch harmonisierte Rüstungspolitik, für die Stärkung der zivilen Komponente der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch die Ausstattung unserer Soldaten mit „dem besten Gerät, das verfügbar und bezahlbar ist“. Sie unterstützen globale Solidarität, den Kampf gegen die Armut und besonders Frauen, seien für einen „Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und

Umweltpolitik“ und setzen sich dafür ein, dass „Freihandelsverträge der EU Klauseln zum Schutz der Menschenrechte, Umweltstandards und sozialen Rechte“ erhalten(!). Sie seien für OSZE und eine NATO, deren Konzentration auf das Militärische sie überwinden wollten. Auch für die Menschenrechte (u. a. Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter) und gegen Rassismus, für eine Vertiefung einer gemeinsamen Asylpolitik wollten sie sich EU-weit einsetzen. Für die Sicherheit in Europa sei die weltweite Abwehr des Terrorismus und anderer organisierter Kriminalität Voraussetzung als Aufgabe von Polizei und Nachrichtendiensten.

Von der FDP liegt mir keine Antwort vor.

Rebecca Harms, Die Grünen, teilte unsere Auffassung, betonte die feministische Geschichte ihrer Partei und teilte uns mit, dass sie sich auf allen Ebenen für die Interessen von Frauen einsetzen und verwies auf das grüne Europa-Wahlprogramm (Friedenssicherung, Frauen, Forderungen an UN und Nato S. 161 ff auf [www.gruene.de](http://www.gruene.de)) sowie auf ihre Broschüre gegen Atomenergie.

Auch die Linke stimmte mit fast allen unseren Forderungen überein und wandten sich gegen jegliche Form der Gewalt und militärische Interventionen, forderten alle Länder auf, die Resolution 1325 zu implementieren und umzusetzen. Sie setzen sich für ein grundsätzliches Verbot von Waffen und Rüstungsexporten ein und forderten insbesondere atomare Abrüstung. Sie seien gegen Freihandelsabkommen und für Schuldenerlass der Entwicklungsländer, gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und für Geschlechtergerechtigkeit. Sie seien für eine Reform der UNO als zentrale Akteurin bei der Koordination der Konfliktbearbeitung, forderten die Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss von Russland und für die Aufwertung der OSZE sowie dafür, dass die Menschenrechte in der EU an erster Stelle stehen sollten.

Die Freien Wähler fordern ein „atomwaffenfreies Europa“ und Herr Cebulla von der Europa – Demokratie – Esperanto-Partei (EDE) teilte uns mit, dass sie nach der evtl. Wahl den direkten Kontakt mit uns suchen würden, da sie sich für eine gerechtere Sprachenpolitik durch Esperanto einsetzen, einer Sprache, die er auch der WILPF empfiehlt.

Die Welt könnte so schön sein, wenn die PolitikerInnen ihre Wahlprogramme umsetzen würden, uns Pazifistinnen wird immer wieder Blauäugigkeit vorgeworfen, aber ich frage mich, wie naiv mensch sein muss, der die „militärische Konzentration“ in der NATO überwinden will... Jetzt müsste unsere Arbeit eigentlich weitergehen, wir müssten die jeweiligen Parteien bei anstehenden Entscheidungen jeweils konkret mit ihren eigenen Behauptungen konfrontieren, sollten aber aus zeitökonomischen Gründen eine Auswahl der Themen treffen. Was das Thema Atomwaffen angeht, arbeitet wenigstens der Kampagnenrat „Atomwaffen abschaffen“, dem wir angehören, auf dieser Ebene immer wieder sehr konkret.

Wir selbst wollten uns eine Geburtstagsaktion für die Resolution 1325, die im Oktober 2010 zehn Jahre alt wird, vornehmen und nächstes Jahr die Parteien noch einmal anschreiben. Für den Bundestagswahlkampf wurden ausgewählte BundestagskandidatInnen sowohl auf der Website [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) befragt sowie noch einmal direkt per Email angeschrieben, inwieweit sie bereit wären, die Umsetzung der UN-Resolutionen 1325 und 1820 zu unterstützen und sie wurden dazu aufgefordert, einen nationalen Aktionsplan der Resolution 1325 zu unterstützen, wie ihn andere europäische Länder längst verabschiedet haben. Zusätzlich hat Heidi Meinzolt in unserem Namen Ministerin Wieczorek-Zeul (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ) aufgefordert, sich für einen Aktionsplan zu engagieren. Das Schreiben findet ihr im Anhang.

Im Juni erinnerten wir in München an das 90jährige Bestehen der deutschen Sektion, die offiziell nach dem Züricher Kongress (Mai 1919) gegründet wurde, wo der „Internationale Frauenausschuss für dauernden Frieden“ seinen endgültigen Namen „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ erhielt. Brigitte Schuchard führte uns kundig auf den Spuren der

Gründerinnen durch München, dass die IFFF vor dem Krieg im Leuchtenbergpalais residierte, kann frau sich heute kaum noch vorstellen.

Im Vorfeld des ersten Bundeswehr-Gelöbnisses, das am Marienplatz in „Münchens bester Stube“ in der „Mitte der Gesellschaft“ zelebriert werden sollte, fand am 27.07.2009 eine Kundgebung statt. Die Münchner Gruppe forderte die Frauen auf, dazu in schwarzer Trauerkleidung zu erscheinen. Wie ihr auf dem Foto oben seht, haben viele diesem Ruf Folge geleistet, unsere Trauer galt den Opfern aller Kriege, wobei der von mir verlesene Text (Gelöbnis, siehe unten) deutlich machte, wie umfassend wir den Begriff „Opfer“ begreifen, während er auf den Kriegerdenkmälern ja alleine die getöteten eigenen Soldaten einbezieht. Brigitte Obermayer wird dankenswerterweise zusätzlich zum Antikriegstag diverse Politikerinnen mit dieser Aktion konfrontieren und deren Einstellung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr abfragen.

Am 1. September vor 70 Jahren begann der Zweite Weltkrieg, nach der im wahren Sinn des Wortes „verheerenden“ Bilanz hieß es sechs Jahre später „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“. Die Friedensbewegung wird sich am Antikriegstag in vielen Städten mit der Frage in den Bundestagswahlkampf einmischen, was die Bundeswehr in Afghanistan sucht, es ist auch geplant, die Anfang Dezember anstehende Mandatsverlängerung des Kriegseinsatzes mit einer Abstimmungsaktion in der Woche vom 20. bis 27. November zu begleiten, Schwerpunkt sollte der 21. November sein.

Der Einsatz von inzwischen 15 000 NATO-Soldaten in Afghanistan hat die Lage für die Bevölkerung nicht verbessert, im Gegenteil, die Einflussgebiete der Taliban haben in den letzten zwei Jahren um 20% zugenommen, bis 2008 wurden ca. 300 000 getötete ZivilistInnen gezählt. Lühr Henken: „Die Zahl der Opfer erhöht sich mit der Steigerung der Zahl der ausländischen Truppen. Allein 2008 stieg die Zahl der getöteten Zivilisten um 40 Prozent auf über 2100 im Vergleich zum Vorjahr.“ Der so genannte zivile Aufbau stärkt vor allem die Infrastruktur, kommt aber nicht bei der Bevölkerung an. Die durchschnittliche Lebenserwartungszeit liegt bei 46 Jahren. Wen wundert's, wenn den täglich 7 Mio. Dollar für den Wiederaufbau, den die Weltgemeinschaft aufbringt, allein 100 Mio. Dollar täglich Kosten des US-Militäreinsatzes gegenüberstehen (nach Jürgen Todenhöfer). Die ständige Vermischung der angeblichen Entwicklungshilfe mit den Kampfeinsätzen, die die NATO und auch Verteidigungsminister Jung wegen der erhofften besseren Akzeptanz in der Bevölkerung betont, gefährdet zunehmend die zivilen Organisationen (z. B. VENRO), die dort helfen wollen, weil sie auch der Zusammenarbeit mit den Militärs oder der Spionage für diese verdächtigt werden. Den vollen Vortrag von Lühr Henken findet ihr auf der Website des Kasseler Friedensratschlags unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/henken2.html>.

“Und als der nächste Krieg begann,  
da sagten die Frauen „nein!“ (Erich Kästner).  
(Kun Afablaj salutoj – Esperanto: mit freundlichen Grüßen)  
Eure Irmgard Heilberger

P.S. (in Eile am 8.9.): Da der Rundbrief noch nicht verschickt wurde, noch ein Satz zu dem von der Bundeswehr angeforderten Luftangriff mit getöteten Zivilpersonen: Ich kriege schon einen Ausschlag, wenn ich mir das Betroffenheitsgestammele der Politiker, die den Bundeswehreinsatz beschlossen haben, anhören muss. „Stell dir vor, wir schicken sie in den humanitär-Dingsbumms, auf einmal ist da Krieg und da sterben doch tatsächlich Menschen! Entschuldigung, haben wir nicht gewusst und nicht gewollt!“

## **Gelöbnix, Irmgard Heilberger im Rahmen der Frauenaktion gegen Militäraktionen im Vorfeld des öffentlichen Rekruten-Gelöbnisses am 27.07.2009:**

Wir trauern.

Wir trauern um die Opfer aller Kriege.

Wir trauern auch um die Opfer der Kriege,  
die nach Jungscher Definition keine Kriege sind.

Wir trauern.

Wir trauern um die Opfer.

Opfer sind die Toten: Frauen, Männer, Kinder.

Opfer sind die Angehörigen der Toten und alle, die die Toten geliebt haben.

Opfer sind die körperlich Verletzten und seelisch Traumatisierten.

Opfer sind die ihrer Habe und Heimat Beraubten, die Hungernden, die Flüchtlinge, die Gefangenen. Opfer sind die Frauen, die physische und sexuelle Gewalt erleiden.

26 NATO-Staaten und -Partner bomben angeblich für Frauenrechte und gegen Burkas in Afghanistan, mit welchem Ergebnis?

Aus dem Bericht der WomanKindWorldwide Organisation:

Im Februar 2008 beklagen 87% der befragten Frauen häusliche Gewalt, die Hälfte davon sexueller Art, 60% der Ehen sind Zwangsehen, trotz eines neuen gesetzlichen Verbots sind 57% der Bräute jünger als 16,88% der Frauen sind Analphabetinnen, nur 5% der Mädchen besuchen eine weiterführende Schule und die Sterblichkeitsrate der Mütter bei der Geburt ist neben Sierra Leone die höchste der Welt (1 von 9 Müttern stirbt beim Gebären).

**Nina Althoff**, [althoff@wilpf.de](mailto:althoff@wilpf.de), Geschäftsstelle der IFFF/ Deutsche Sektion:

**Liebe Ligafrauen,**

die jüngsten Ereignisse in Afghanistan machen wieder einmal deutlich, wie dringend Aufklärung über und Einsatz für zivile Konfliktlösungen sind. In diesem Zusammenhang möchte ich Euch auf eine Veranstaltung „Vorrang Zivil!“ von uns am 30. Oktober um 19 Uhr in der Evangelischen Stadtakademie München aufmerksam machen. Nach einer einführenden Begrüßung durch Irmgard Heilberger und einem Input zur zivilen Konfliktbearbeitung von Dr. Ute Finckh (Vorsitzende Bund für soziale Verteidigung) soll in einer Podiumsdiskussion über die Rolle der EU und Deutschlands bei der weltweiten Friedenssicherung und über Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung diskutiert werden. Es diskutieren unter anderem Babsi – Barbara Lochbihler (MEP, Bündnis 90/ Die Grünen) und Dr. Rainer Stinner (MdB, FDP, angefragt). Weitere Informationen findet Ihr weiter unten bei den Terminhinweisen und auf unserer Webseite unter Aktuelles:

[http://www.wilpf.de/cms/front\\_content.php?idart=48&idcat=45](http://www.wilpf.de/cms/front_content.php?idart=48&idcat=45).

## Durban Review Konferenz (DRK)

In unserem letzten Rundbrief hatte ich meine bevorstehende Teilnahme für die IFFF an der Durban Review Konferenz angekündigt, die vom 20. bis zum 24. April 2009 in Genf stattfand. Die Durban Review Konferenz ist die Nachfolgekonferenz zur UN-Weltkonferenz gegen Rassismus, die 2001 in Durban stattgefunden hat. Es sollten die in Durban verabschiedete Erklärung gegen Rassismus und das Aktionsprogramm (sog. DDPA/ *Durban Declaration and Programm of Action*) evaluiert, die Fortschritte und Rückschläge aufgezeigt und Empfehlungen für die Zukunft ausgearbeitet werden.



Aufmerksamkeit hatte die Konferenz aber weniger für ihre Inhalte, als für den Auftritt und die Rede des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad erhalten. Ahmadinejad durfte als erster Staatenvertreter das Wort ergreifen, da er der höchstrangigste Regierungsvertreter bei der Konferenz war. Seine inakzeptable israelfeindliche Rede führte zu Tumulten mit Protestrufen wie auch Applaus und einem Auszug verschiedener Staatenvertreter, insbesondere der Europäischen Union, aus dem Saal.

### **Boykott durch Deutschland**

Begründet mit der Befürchtung, die Veranstaltung werde für eine einseitige Verurteilung Israels missbraucht, hatte Deutschland einen Abend vor Konferenzbeginn sein Fernbleiben bekannt gegeben. Es wurde insbesondere auf die Erfahrungen mit der Durban Konferenz 2001 verwiesen, bei der es sowohl im Rahmen der Staatenkonferenz als auch im Rahmen des parallel organisierten NGO-Forums zu antiisraelischen und antisemitischen Vorfällen kam, die damals schon zum Ausstieg der USA und Israels führten. Mit der sogenannten Politik des leeren Stuhles Deutschlands bei der DRK sollte gegen einen Missbrauch der Konferenz für Hasstiraden und Schmähreden gegen Israel protestiert werden. Auch Israel selbst, die USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Italien, die Niederlande, Polen und die Tschechische Republik boykottierten die Konferenz. Letztere brachen ihre Teilnahme nach der Rede des iranischen Präsidenten ab. Während verschiedene Stimmen, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland, das Fernbleiben Deutschlands begrüßten und auch schon in einer Kampagne zuvor gefordert hatten, gibt es viel Kritik etwa seitens des Forum Menschenrechte, Human Rights Watch, verschiedener Parteien, des Deutschen Instituts für Menschenrechte sowie der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte. Auch im Namen der IFFF haben wir der Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Bundesvizekanzler und Außenminister Frank-Walter Steinmeier gegenüber unsere Bestürzung und Verständnislosigkeit erklärt.

So hat der Boykott durch Deutschland und der neun weiteren Staaten nicht nur den Kampf gegen Rassismus geschwächt, sondern auch dem Ansehen der Vereinten Nationen geschadet. Als Mitglied der Vereinten Nationen ist Deutschland verpflichtet, einen Dialog innerhalb der Staatengemeinschaft – mit allen Schwierigkeiten – zu führen. Wie mit divergierenden Positionen umgegangen werden kann, demonstrierte der Vertreter Norwegens unmittelbar im Anschluss an die Rede von Ahmadinejad. Der norwegische Außenminister Jonas Gahr Store bezeichnete die iranische Rede als Aufstachelung zum rassistischen Hass, mit der der Iran die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten und sich außerhalb der Konferenz und der Staatengemeinschaft gestellt habe (siehe unter <http://www.norway-coe.org/hr/Durban-statement.htm>). Auch der UN-Generalsekretär Ban Kii Moon und die UN-Hochkommissarin

für Menschenrechte Navanethem Pillay distanzieren sich noch am gleichen Tag von der Rede Ahmadinejads. Ein Land wie Deutschland sollte Reden, die zum Hass aufstacheln oder andere einseitig diskriminieren, etwas entgegensetzen und nicht durch Fernbleiben das Feld denjenigen überlassen, die das Forum der Vereinten Nationen für rassistische oder antisemitische Hetze missbrauchen.

Die boykottierenden Staaten haben mit ihrem politischen Taktieren den Menschen, die Opfer von Rassismus sind, einen Bärendienst erwiesen. Deutschland ist verpflichtet, sich an dem weltweiten Kampf gegen Rassismus zu beteiligen und einen Beitrag zur Verwirklichung des Versprechens „alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) zu leisten. Rassismus missachtet diese Werte, verletzt die Menschenrechte und kann zu Gewalt und Krieg führen. Die Ursachen von Gewalt und Rassismus liegen unter anderem auch in den damals wie heute bestehenden unfairen Wirtschaftsverhältnissen, die sich durch die aktuelle Finanzkrise noch zu verschlimmern drohen.

### ***Rassismus in Deutschland***

Deutschland trägt nicht nur eine besondere Verantwortung wegen vergangenen Unrechts, wozu der Holocaust und der Kolonialismus zählen, auch aktuell stellt Rassismus in Deutschland eine wiederauflebende und ansteigende Bedrohung dar. Deutschland hat sich dabei nicht nur Problemen von Rechtsextremismus, sondern auch von Alltagsrassismus zu stellen, der in der gesamten Gesellschaft verbreitet ist. Rassistische Diskriminierungen finden nach wie vor direkt und indirekt statt und sind strukturell in Deutschland verankert. Sie erstrecken sich dabei auf alle Lebensbereiche, wie beispielsweise das Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und Wohnungssektor. Dass Rassismus kein Randproblem in Deutschland ist, verdeutlichen verschiedene Studien und Berichte insbesondere aus der letzten Zeit.

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat im April die Ergebnisse der ersten EU-weiten Erhebung zu den Erfahrungen von Zuwanderinnen und Zuwandern sowie ethnischen Minderheiten mit Diskriminierung und rassistisch motivierten Straftaten vorgestellt. Danach gaben 37% der befragten Personen an, sie seien 2008 diskriminiert worden. Jede achte Person (12%) bezeichnete sich sogar als Opfer eines rassistisch motivierten Verbrechens. Vier von fünf scheuten aber vor einem Gang zur Polizei zurück. Die Daten dieser EU-Midis-Studie zeigen, dass Diskriminierung, Belästigung und rassistisch motivierte Gewalt noch weit verbreitet sind, und machen deutlich, dass gezielte politische Maßnahmen zur Bekämpfung dieses gesellschaftlichen Problems dringend notwendig sind.

Im Mai dieses Jahres wurde auch der vierte Bericht zu Deutschland von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (EKRI) veröffentlicht. Die unabhängige Beobachtungsinstanz des Europarats erstellt Länderberichte durch Besuche der Vertragsstaaten des Europarats, in denen die Situation in Sachen Rassismus und Intoleranz untersucht und Empfehlungen für geeignete Schritte zur Lösung der festgestellten Probleme veröffentlicht werden. In dem Deutschlandbericht kritisiert EKRI unter anderem, dass der Begriff Rassismus in Deutschland zu eng verstanden und vor allem im Kontext von Rechtsextremismus gesehen wird. Alltägliche und strukturelle Formen von Diskriminierung werden so ausgeblendet.

Ähnlich hatte sich auch der UN-Sonderberichterstatter zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und zeitgenössischen Formen des Rassismus, Professor Githu

Muigai, in seiner Presseerklärung zum Abschluss seines Deutschlandsbesuchs am 1. Juli 2009 geäußert.

Der UN-Anti-Rassismusausschuss (CERD) hatte das enge Verständnis von Rassismus in Deutschland bereits im August 2008 in seinen abschließenden Bemerkungen im Rahmen des Staatenberichtsprüfungsverfahrens stark kritisiert und empfohlen „*bei der Bekämpfung von ‚Rassendiskriminierung‘ einen breiteren Ansatz zu verfolgen, um dieser Diskriminierung in allen ihren Formen einschließlich Äußerungen rassistischer Vorurteile und Einstellungen entgegenzutreten.*“ (siehe Randnummer 15 in den abschließenden Bemerkungen von CERD).

Die Ergebnisse der sog. **EU-Midis-Studie** können auf der Webseite der FRA abgerufen werden:

[http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/index\\_en.htm](http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/index_en.htm).

Den vollständigen Bericht von **EKRI** zu Deutschland gibt es hier auf deutsch:

<http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Germany/DEU-CbC-IV-2009-019-DEU.pdf>.

Die Pressemeldung zum Abschluss der Reise vom **UN-Sonderberichterstatter zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und zeitgenössischen Formen des Rassismus** kann hier auf englisch abgerufen werden:

<http://www.unhchr.ch/hurricane/hurricane.nsf/0/DA925CEEC6F7A9FEC12575E600473BF5?opendocument>.

Die abschließenden Bemerkungen vom **UN-Anti-Rassismusausschuss (CERD)** zu Deutschland sind auf deutsch abrufbar unter:

[http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_16-18_2006_cobs_2008_de.pdf)

[Dateien/Pakte\\_Konventionen/ICERD/icerd\\_state\\_report\\_germany\\_16-18\\_2006\\_cobs\\_2008\\_de.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_16-18_2006_cobs_2008_de.pdf).

Der Staatenbericht Deutschlands kann hier auf deutsch abgerufen werden:

[http://www.institut-fuer-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_16-18_2006_de.pdf)

[menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/PDF-](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_16-18_2006_de.pdf)

[Dateien/Pakte\\_Konventionen/ICERD/icerd\\_state\\_report\\_germany\\_16-18\\_2006\\_de.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_16-18_2006_parallel_de.pdf) und der vom Forum Men-

[schenrechte eingereichte Parallelbericht findet sich unter: \[http://www.institut-fuer-\]\(http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\_upload/PDF-Dateien/Pakte\_Konventionen/ICERD/icerd\_state\_report\_germany\_16-18\_2006\_parallel\_de.pdf\)](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_16-18_2006_parallel_de.pdf)

### **Abschlussklärung der DRK**

Es bedarf eines umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung von Rassismus. Grundlage müssen die Menschenrechte und die Menschenwürde sein, auf denen wirksame Antidiskriminierungsgesetze sowie eine konsequente Antidiskriminierungspolitik in Bezug auf alle Lebensbereiche aufbauen. Acht Jahre sind seit der Durban Konferenz gegen Rassismus vergangen, in denen sich einiges verändert hat und gleichzeitig vieles unverändert Bestand hat. Es bleibt viel zu tun, sowohl in Deutschland als auch weltweit.

Daher ist auch zu begrüßen, dass Deutschland trotz seines Boykotts der Durban Review Konferenz das Abschlussdokument mittragen und unterstützen wird, wie seitens der russischen Delegation noch in Genf bekannt gegeben und gegenüber der Presse durch die deutsche Regierung wiederholt wurde. In unserem Schreiben an Merkel und Steinmeier baten wir auch um Darlegung, in welcher Form das Abschlussdokument mitgetragen werden soll und welche konkreten Schritte zur Umsetzung geplant sind. Eine Antwort auf das Schreiben von Anfang Mai haben wir nicht erhalten.

Dass das Abschlussdokument überhaupt im Konsens verabschiedet werden konnte, ist als Erfolg zu bezeichnen. Die Verhandlungen hierzu waren langwierig und schwierig. Besonders umstritten im Entwurf war eine Passage zum Nahostkonflikt gewesen. Die singuläre Hervorhebung als einzigen regionalen Konflikt wurde im Abschlussdokument entfernt. Auch wurde die Diffamierung von Religionen, die zu einer gefährlichen Einschränkung der Meinungsfreiheit und zu einer unzulässigen Ausweitung der Menschenrechte führen kann, nicht als neues Konzept aufgenommen. Stattdessen wird in der Abschlussklärung an die Religionsfreiheit

angeknüpft und gleichzeitig der hohe Stellenwert der Meinungsfreiheit für die Bekämpfung von Rassismus in demokratischen und pluralistischen Gesellschaften betont. Obwohl die Befürchtung bestand, dass ein Hinweis auf den Holocaust fehlen könnte, da er in den Diskussionen zum Entwurf erneut geleugnet wurde, wird in der Abschlusserklärung an den Holocaust erinnert, der niemals vergessen werden darf. Neu aufgenommen wurde die Verpflichtung der Staaten zum Schutz von ausländischen Hausangestellten vor erniedrigenden, sklavartigen Arbeitsbedingungen, die auch in Europa zu finden sind. Gestärkt werden die Rechte indigener Völker. Antisemitismus wird verurteilt ebenso wie Rassismus wegen der Hautfarbe, Kolonialismus und Sklavenhandel und Diskriminierungen von Minderheiten, Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen sowie Sinti und Roma.

Das Abschlussdokument enthält auch eine Vielzahl wichtiger Vorschläge und Anknüpfungspunkte für konkrete Maßnahmen gegen Rassismus. So wird an die Verpflichtung des Durban Aktionsprogramms zur Erstellung von nationalen Aktionsplänen gegen Rassismus erinnert. Deutschland hatte im November 2008 einen entsprechenden Plan (sog. NAP) veröffentlicht, der aber stark kritisiert wird, da er weder einen Plan noch konkrete Aktionen und auch keine ausreichende Analyse der Situation enthalte. Gleichwohl war die Erarbeitung eines NAPs und die Auseinandersetzung und der Dialog der Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft eine Errungenschaft insbesondere der Durban Dokumente.

Der deutsche NAP kann auf der Webseite des BMI heruntergeladen werden: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de). Eine kritische Stellungnahme mit Empfehlungen des Deutschen Instituts für Menschenrechte findet sich hier: [http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/437/pp\\_nap\\_gegen\\_rassismus.pdf](http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/437/pp_nap_gegen_rassismus.pdf).

Daher ist auch bedauerlich, dass an der Abschlusserklärung aus Genf ihre Bezugnahme auf die Erklärung und das Aktionsprogramm von Durban (sog. DDPA) kritisiert wird. Dabei wird insbesondere die noch im DDPA enthaltene Nennung des Nahostkonflikts kritisiert. Die Bekräftigung der DDPA ist aber angesichts ihrer Errungenschaften im Kampf gegen Rassismus wichtig. Neben den praktischen Maßnahmen und Empfehlung ist insbesondere auch die Anerkennung spezifischer Opfergruppen von Rassismus, wie Menschen afrikanischer Herkunft oder Sinti und Roma wichtig. Auch die bereits oben erwähnte Anerkennung der Bedeutung von Kolonialismus und damit verbundener Massaker und Sklaverei für bis heute andauernde Diskriminierung und die Kennzeichnung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind hier zu nennen. Damals wurden auch erstmals auf internationaler Ebene Opfer von Menschenhandel als Opfer rassistischer Diskriminierung anerkannt und die Rechte indigener Völker hervorgehoben. Auch wird der Zusammenhang von Diskriminierung und Armut betont. Besondere Berücksichtigung fand im DDPA außerdem die Genderperspektive. In der Form von Mehrfachdiskriminierungen bzw. intersektionaler Diskriminierung nehmen Diskriminierungen besonders gefährdende Formen an, insbesondere für Frauen, wenn diese sowohl aufgrund ihres Geschlechts als auch beispielsweise wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihrer sexuellen Identität oder einer Behinderung benachteiligt werden. In der Durban Abschlusserklärung und dem Aktionsprogramm von 2001 hatten die Staaten anerkannt, dass *„Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz gegenüber Frauen und Mädchen in differenzierter Weise zutage treten und zu den Faktoren gehören können, die für die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, Armut, Gewalt, mehrfache Formen der Diskriminierung und die Einschränkung oder Verweigerung ihrer Menschenrechte verantwortlich sind.“*

Leider fehlt in der Genfer Abschlusserklärung ein Bezug zu Mehrfachdiskriminierungen und Gender. Bedauerlich ist auch, dass der Schutz vor Diskriminierungen wegen der sexuellen Identität keinen Eingang in das Dokument gefunden hat, wie auch schon nicht in Durban.

Außerdem wurden weder die geforderten Reparationszahlungen für den transatlantischen Sklavenhandel aufgenommen, noch die Entschuldigungen zum Kolonialismus und Sklavenhandel auf den asiatischen Raum ausgeweitet. Es hat sich wieder einmal gezeigt, wie schwer es ist, zwischen den Staaten Einverständnis über die Probleme von Rassismus zu erreichen.

Gleichwohl ist die immerhin im Konsens verabschiedete Abschlusserklärung der DRK ein gutes Dokument im Kampf gegen Rassismus, das zwar völkerrechtlich nicht verbindlich ist, auf das sich aber bezogen werden kann und vor dessen Hintergrund die mittragenden Staaten zur Rechenschaft gezogen werden können. Das Dokument nimmt auch auf verbindliche Menschenrechtsdokumente, wie insbesondere die UN-Anti-Rassismuskonvention, Bezug, deren Verpflichtungen in der Erklärung noch mal bekräftigt und konkretisiert werden.

Die deutsche Übersetzung des Abschlussdokuments gibt es hier:

<http://www.un.org/Depts/german/conf/Durban2009-deu.pdf>.

Die Abschlusserklärung und das Aktionsprogramm von Durban (DDPA) gibt es auf deutsch hier:

<http://www.un.org/Depts/german/conf/ac189-12.pdf>.

Weitere wichtige Links findet Ihr auf den folgenden Webseiten:

<http://www.un.org/durbanreview2009/>.

[http://www.unric.org/index.php?option=com\\_content&task=category&sectionid=5&id=124&Itemid=155](http://www.unric.org/index.php?option=com_content&task=category&sectionid=5&id=124&Itemid=155).

### ***Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der Side Events***

Das Abschlussdokument der DRK betont auch die wichtige Rolle, die die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus einnimmt. Auf der Konferenz selber wurde gleichzeitig den Betroffenen und NGOs kaum Raum eingeräumt. Zwar handelt es sich um eine Staatenkonferenz, aber der zuvor immer wieder geäußerte Wille zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft wurde nur schwach umgesetzt.

Dies fing bereits mit zurückgehaltenen Finanzmitteln zur Unterstützung und einem schleppenden Akkreditierungsverfahren an, in dem viele NGOs sogar erst am Freitag vor der Konferenz akkreditiert wurden. Auch eine unzureichende Information im Vorfeld der Konferenz durch die Vereinten Nationen, die einzelnen Staaten und durch das die Konferenz organisierende Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) muss kritisiert werden. Dies führte dazu, dass zum einen viele gar keine oder zu spät Kenntnis von der DRK erlangten und dass zum anderen vielen nicht bewusst war, wie wenig Einflussmöglichkeiten vor Ort bestanden. NGO Vertretungen durften erst ganz zum Schluss und wegen vorheriger Überziehungen nur mit verkürzter Redezeit sprechen. Die Modalitäten der Abgabe von mündlichen und schriftlichen NGO-Stellungnahmen wurden auch erst während der Konferenz bekannt gegeben. Zur Verfolgung der Debatten wurde pro akkreditierte NGO einer Person Zugang zum Plenarsaal gestattet, während die anderen eine Videoübertragung in einem anderen Saal verfolgen konnten. Dass es hier dann am Eröffnungstag keine Übersetzung gab und die Rede von Ahmadinejad nur auf Farsi übertragen wurde, führte zu Tumulten, Protesten und weiterem Frust bei den NGOs. Viele fühlten sich systematisch an einer Beteiligung behindert. Das OHCHR begründete die mangelnde Übersetzung mit technischen Schwierigkeiten. Ab dem zweiten Tag wurden die Beiträge immerhin ins Englische übersetzt.

Wie viele andere ließen sich WILPF und IFFF dennoch nicht davon abhalten an der Konferenz und den Vorbereitungen teilzunehmen. Unmittelbar vor der Konferenz fand das Forum der Zivilgesellschaft unter dem Titel „*People United against Racism*“ zur Vorbereitung der DRK und zur Vertiefung verschiedener Aspekte von Rassismus und seiner Bekämpfung statt. Unter den ca. 400 Teilnehmenden waren auch WILPF-Frauen, wie beispielsweise Irene

Eckert der IFFF sowie Edith Ballantyne und viele andere des internationalen WILPF-Büros vertreten. Bis zum frühen Morgen des Konferenzbeginns wurde an einer Erklärung gearbeitet, die von allen mitgetragen werden konnte. In der Erklärung wird unter anderem die Durban Review Konferenz begrüßt und die Staatengemeinschaft zur Unterstützung und Umsetzung der DDPA aufgerufen (siehe unter [http://www.iacenter.org/wcar/src\\_civsoc022209/](http://www.iacenter.org/wcar/src_civsoc022209/)). Die im Namen der WILPF von Maria Jomaa auf der Konferenz abgegebene schriftliche und mündliche Erklärung kann hier abgerufen werden: [http://wilpf.int.ch/PDF/Racial%20justice/Durban\\_Statement\\_24April.pdf](http://wilpf.int.ch/PDF/Racial%20justice/Durban_Statement_24April.pdf).

Während die Ziele der DRK auf der Konferenz durch die Rede von Ahmadinejad und ähnliche Reden von Staaten wie Libyen oder Syrien, die die DRK für andere Interessen zu instrumentalisieren versuchten, teils in den Hintergrund traten, wurden die parallel stattfindenden sogenannten *Side Events* genutzt, um wichtige Fragen betreffend Rassismus zu behandeln und vertieft zu diskutieren. In den über 40 Parallelveranstaltungen, die von UNO Organisationen und NGOs organisiert wurden, ging es um die Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Rassismus sowie die Möglichkeiten der Verhinderung und Bekämpfung. Nur wenige Zwischenfälle störten die Diskussionen. Es gab *Side Events* zu Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität, zum Zusammenhang von Armut und Rassismus, auch vor dem Hintergrund der Finanzkrise und den durch den Klimawandel zu erwartenden Migrationsbewegungen, zur Islamophobie, zur Förderung des interkulturellen Dialogs, zur Weiterentwicklung der Nationalen Aktionspläne und zu vielen anderen Themen.

Interessant war auch die Veranstaltung „Discrimination against the rights of peoples“, die u.a. von *Indigenous Peoples and Nations Coalition* organisiert wurde und bei der das langjährige WILPF-Mitglied Krishna Ahoopatel einen Input gab. Neben Krishna war Dudu Dien, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter zu Rassismus, auf dem Podium, der in einer beeindruckenden Rede darauf hinwies, dass es wichtig sei, die Mechanismen von Rassismus zu dekonstruieren und zu begreifen, dass es sich dabei nicht um ein „Naturereignis“ handle. Wichtig sei das Verständnis der Mechanismen von Rassismus zur Entwicklung geeigneter Gegenmaßnahmen. Hierzu zähle insbesondere die Verabschiedung von effektiven Antidiskriminierungsgesetzen, die Aufklärung über und das Werben für den Gleichheitsgrundsatz und die Förderung eines Dialogs zwischen den Menschen.

Gelegenheit die Stimmen der Opfer von Rassismus zu hören, gab es bei der täglich stattfindenden Reihe „*voices*“, wo unterschiedliche Geschichten von betroffenen Personen erzählt und im Anschluss hierüber diskutiert wurde. So berichtete eine Roma aus der Tschechischen Republik von ihrer Zwangssterilisation und ihrem Kampf in einer NGO durch Öffentlichkeitskampagnen für die Anerkennung dieser Verbrechen und für eine Kompensation der betroffenen Roma und Sinti. Ein Amerikaner afrikanischer Herkunft schilderte seine Erfahrung mit Racial Profiling, womit das rassistische Herausgreifen bestimmter Personen bei Personenkontrollen allein auf Grund ihres Aussehens gemeint ist. Er berichtet weiter von seiner erfolgreichen Klage gegen die amerikanische Polizei und rief dazu auf, sich auch gerichtlich gegen rassistische Übergriffe zur Wehr zu setzen und Ansprüche gerichtlich durchzusetzen.

Wichtig waren auch die Veranstaltungen zu den verschiedenen UN-Organisationen, wie insbesondere die zur Rolle des UN-Anti-Rassismusausschusses (CERD). Hier konnten die Instrumente zum Menschenrechtsschutz wie auch die Beteiligungsmöglichkeiten für NGOs an den Verfahren von CERD vorgestellt werden. Aber auch zu konkreten Fragen, etwa einer Betroffenenorganisation, die Dalit in Indien vertritt, wurden hilfreiche Hinweise gegeben. Dalit sind in Indien aus dem Kastensystem aus rassistischen Gründen als „Unberührbare“ bis heute oft ausgeschlossen. So kann der Kampf der Dalit gegen die degradierende Praxis in Indi-

en durch die Bezugnahme auf ein offizielles Dokument Nr. 29 des Ausschusses unterstützt werden, in dem ausdrücklich anerkannt wird, dass rassistische Diskriminierungen auch Diskriminierungen wegen der Abstammung und insbesondere Diskriminierungen gegen Personen einer sozial konstruierten Gruppe wie im Rahmen eines Kastensystems umfassen.

### **Nach DRK**

Entscheidend wird nun sein, was die Staaten aus der Abschlusserklärung der DRK machen. Seitens der NGOs sollte die Umsetzung der Abschlusserklärung aktiv gefordert, begleitet und unterstützt werden. Sinnvoll wäre die Einrichtung formeller oder informeller Follow Up Mechanismen durch die Staaten, wofür auch die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte appelliert. Sie kündigte an, jedenfalls eine Beobachtungs- und Analyseinstitution schaffen zu wollen, die weltweit rassistische Vorfälle und Missstände registriert. Im Rahmen der Implementierung und auch Weiterentwicklung der Präventionskonzepte der DRK Erklärung können NGOs einen wichtigen Beitrag leisten.

Zudem ist es wichtig, die existierenden Instrumente der Vereinten Nationen bekannter zu machen, da häufig sowohl bei den Opfern von Rassismus wie auch bei den NGOs die Kenntnis der Rechte und Durchsetzungsmöglichkeiten fehlt. Auch ansonsten könnten NGOs verstärkt die UN zur Förderung des Menschenrechtsschutzes nutzen, indem die Sitzungen des Menschenrechtsrats kontinuierlich beobachtet und begleitet oder beispielsweise eine gezielte Ansprache von Regierungsvertretungen im Rahmen der verschiedenen Überprüfungsverfahren der nationalen Menschenrechtslage erfolgt.

Während außerdem das Ansehen und die Stellung der Vereinten Nationen, zu der es keine Alternative gibt, gestärkt werden müssen, sollte die Konferenz gleichzeitig zum Anlass genommen werden, einen Diskussionsprozess über Verbesserungen der UNO anzustoßen.

### **UN-Weltfrauenorganisation**

Reformen stehen nicht nur in diesem Bereich an. Eine frohe Botschaft in diesem Zusammenhang ist die Empfehlung der UN-Vollversammlung in einer Resolution vom 14. September 2009 zur Gründung einer ausschließlich auf Frauenfragen spezialisierten Weltfrauenorganisation. Unter Leitung einer Untergeneralsekretärin sollen die bisherigen UN-Frauenstellen zusammengelegt werden, zu denen der UN-Entwicklungsfonds für Frauen (UNIFEM), das Büro des Sonderberaters für Genderfragen, die UN-Abteilung für die Gleichstellung von Frauen (DAW mit der Frauenrechtskommission/ CSW) und das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (INSTRAW) gehören. Im Rahmen einer weltweiten Kampagne 'Gender Equality Architecture Reform' (GEAR) ruft eine Allianz aus rund 300 internationalen Nichtregierungsorganisationen seit Februar 2008 zur Gründung einer übergeordneten Weltfrauenorganisation auf (<http://gear.collectivex.com>). Der Allianz hat sich unter anderem die 'European Women's Lobby' (EWL) angeschlossen, die der größte Zusammenschluss nationaler und europäischer nichtstaatlicher Frauenorganisationen in der EU ist und der die IFFF angehört ([www.womenlobby.org](http://www.womenlobby.org)). Begrüßt wird, dass mit der UN-Resolution die Gründung einer Weltfrauenorganisation noch vor der Konferenz zum 15. Jahrestag der Weltfrauenkonferenz in Peking ('Peking plus 15') im März 2010 auf den Weg gebracht wurde. Wenngleich die Empfehlung für eine Leitung durch eine Untergeneralsekretärin, die in der UN-Hierarchie den dritthöchsten Rang einnehmen, ebenfalls zu begrüßen sei, sei es nun vor allem wichtig, sich für ein starkes Mandat der Weltfrauenorganisation einzusetzen. Mit der Entwicklung entsprechender Vorschläge zur Klärung der Detail-

fragen, wie der Finanzierung und Zusammensetzung, ist nun der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon betraut, der in der Vergangenheit bereits die Gründung unterstützt hatte.

## Europaparlamentswahlen

Auch auf der EU- und Bundesebene bleibt viel zu tun. Über unsere Aktionen im Vorfeld der Europaparlamentswahlen zur Förderung von Frieden und Sicherheit in der EU und im Vorfeld der Bundestagswahlen zur Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 hat Irmgard Heilberger bereits oben berichtet. Gratulieren möchte ich an dieser Stelle noch mal Babsi – Barbara Lochbihler - zu ihrer Wahl in das Europaparlament. Sie wurde als Mitglied in den Ausschuss Menschenrechte (Unterausschuss des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten) sowie als Stellvertreterin in den Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten gewählt. Sie ist außerdem Mitglied in der Arbeitsgruppe zur Beziehung EU-Vereinte Nationen im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und leitet die Delegation für die Beziehungen zum Iran. Neben Babsi wurden außerdem zwei weitere WILPF-Frauen in das Europaparlament gewählt: Jean Lambert aus Großbritannien ebenfalls für die Grünen und Eva-Britt Svensson aus Schweden für die Linken und nun Vorsitzende des EP-Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter. Toll!

Die European Womens Lobby/ EWL hatte sich mit der Kampagne 50/50 „Keine Moderne Europäische Demokratie ohne Gleichstellung von Frauen und Männern“ für eine gleichberechtigte Vertretung von Männern und Frauen im Europaparlament eingesetzt, die wir auch unterstützt haben. Zwar sind prozentual mehr Frauen in das Europaparlament gewählt worden, gleichzeitig kann aber von einer Gleichberechtigung mit einem derzeitigen Frauenanteil von 35% noch keine Rede sein. Die Kampagne wird daher mit dem Ziel fortgesetzt die Leitungsposten innerhalb aller EU-Institutionen gleichberechtigt mit Frauen und Männern zu besetzen.

Der Aufruf der EWL und Musterschreiben an politische Entscheidungsträger/innen auf EU- und nationaler Ebene können hier auf englisch und französisch abgerufen werden:

[http://www.womenlobby.org/site/1abstract.asp?DocID=2555&v1ID=&RevID=&namePage=&pageParent=&DocID\\_sousmenu=http://](http://www.womenlobby.org/site/1abstract.asp?DocID=2555&v1ID=&RevID=&namePage=&pageParent=&DocID_sousmenu=http://)

Der Deutsche Frauenrat, der sich ebenfalls der Kampagne angeschlossen hat, hat diesbezüglich bereits Bundeskanzlerin Angela Merkel und alle Parteivorstände angeschrieben. Die Briefe, die auch als Musterschreiben verwendet werden können, findet Ihr hier:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/informationen/informationdetail/back/7/article/eu-braucht-die-quote-nicht-nur-beim-walfang/europa.html>.

Schließlich möchte ich mich noch mal im Namen der IFFF bei Asuka Sanada von der japanischen WILPF-Sektion verabschieden, die nun ein Jahr lang zum Studienaufenthalt in Berlin war und die wir bei unseren Berliner Ligatreffen sehr vermissen werden. Asuka hat uns einen Brief aus Japan geschrieben, den Ihr weiter unten findet. Auf Wiedersehen liebe Asuka und bis bald an Euch alle.

Herzliche Grüße von  
Nina Althoff ([althoff@wilpf.de](mailto:althoff@wilpf.de))

## TERMINHINWEISE

### MÜNCHEN

**Podiumsdiskussion „Vorrang Zivil!“** (Kooperationsveranstaltung der IFFF mit dem Bund für Soziale Verteidigung) am **30. Oktober 2009** um **19:00 Uhr** in der Evangelischen Stadtakademie München, Herzog-Wilhelm-Str. 24, 80331 München (Saal 2-3). Nach einer einführenden Begrüßung durch Irmgard Heilberger und einem Input zum Thema durch Dr. Ute Finckh (Vorsitzende des BSV) wird in der sich anschließenden Podiumsdiskussion über die Rolle der EU und Deutschlands bei der weltweiten Friedenssicherung und über Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung diskutiert. Es diskutieren unter anderem Babsi – Barbara Lochbihler, Mitglied im Europaparlament, Bündnis 90/ Die Grünen und Dr. Rainer Stinner, FDP (TBC). Lageplan: [www.evstadtakademie.de/cms/?q=node/144](http://www.evstadtakademie.de/cms/?q=node/144)

### BERLIN

Das nächste **Ligatreffen in Berlin** findet statt am **6. Oktober 2009** um **19:00 Uhr** im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Wir treffen uns im kleinen Seminarraum im Erdgeschoss neben dem Robert-Havemann-Saal. Ihr seid alle herzlich eingeladen! Lageplan: [www.hausderdemokratie.de/artikel/kontakt.php4](http://www.hausderdemokratie.de/artikel/kontakt.php4).

Außerdem möchten wir Euch auf die Einladung von **IALANA** zur internationalen Arbeitskonferenz in Berlin am **10. und 11. Oktober** in Nachfolge der Anti-Nato-Protestaktionen aufmerksam machen. Weiteres unter: [www.ialana.de/veranstaltungen.html](http://www.ialana.de/veranstaltungen.html).

Und schließlich hier ein Aufruf für eine **Demonstration „Für ein offenes Europa für alle – gegen Rassismus“** am **3. Oktober** um 13 Uhr am Hardenbergplatz (Bahnhof Zoologischer Garten): Am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, laden Musliminnen und Muslime seit Jahren bundesweit zum „Tag der offenen Moschee“ ein. Dies ist der „Bürgerbewegung Pax Europa“ ein Dorn im Auge, die deshalb an diesem Tag zu einer antimuslimischen Kundgebung aufgerufen hat. Mit der Gegendemonstration soll sich gegen den Versuch der „Bürgerbewegung Pax Europa“ gewendet werden, Ängste zu schüren und Vorurteile zu verstärken. Ihre Anhängerinnen und Anhänger fantasieren den Untergang des „christlich-jüdischen Abendlandes“ durch eine „schleichende Islamisierung“ Europas herbei und stigmatisieren Musliminnen und Muslime rassistisch. Ihr Konstrukt eines exklusiv „christlich-jüdischen Abendlandes“ zielt mit kulturrassistischen Argumenten darauf ab, Musliminnen und Muslime auszugrenzen und ein Feindbild Islam aufzubauen. Mit der Gegendemonstration soll für ein offenes Europa und ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – unabhängig von Kultur, Religion oder Herkunft - eingetreten werden. Weiteres und Aktualisierungen demnächst unter: [www.reachoutberlin.de](http://www.reachoutberlin.de)

---

Bei Nachfragen zu den Veranstaltungen der IFFF könnt Ihr Euch gerne an Brigitte Obermayer in München ([obermayer@wilpf.de](mailto:obermayer@wilpf.de)) oder an Nina Althoff in Berlin ([althoff@wilpf.de](mailto:althoff@wilpf.de)) wenden.

---

### Weitere Hinweise:

**DON'T NUKE THE CLIMATE:** Wir haben uns der internationale Kampagne für Kopenhagen 2009 *Don't nuke the climate* angeschlossen. Auch das internationale Büro von WILPF sowie die WILPF-Sektionen Schweden und Norwegen unterstützen die Kampagne. Bei dem Kopenhagen-Gipfel im Dezember 2009 sollen die Regierungen der ganzen Welt ein starkes Abkommen erreichen, um höhere Ziele für die Senkung der Treibhausgasemissionen zu setzen. Dabei sollte auch hoffentlich eine relevante Summe dem Kampf gegen Klimawandel und der Anpassung seiner unvermeidbaren Folgen gewidmet werden. Bisher wurde Atomkraft nicht als Klimaschutzmechanismus in den internationalen Abkommen betrachtet. Vieles

lässt allerdings denken, die Atomlobby versuche jetzt die Verhandlungen zu beeinflussen, damit Atomkraft als saubere Energie ausgezeichnet wird und deshalb neue Zuschüsse bekommen könnte. Werden unsere Staatschefs sich überzeugen lassen, eine gefährliche, teure und ineffiziente Technologie zu finanzieren, und dabei riesige Beträge von echten Lösungen abzuleiten? Weitere Informationen unter: [www.dont-nuke-the-climate.org](http://www.dont-nuke-the-climate.org).

**Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010:** Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat zur Einreichung von Projektanträgen zur Förderung innerhalb des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 aufgerufen. Ziel des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung (EJ 2010) ist es, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen zu schärfen. Vorschläge für Projekte, Aktionen, Veranstaltungen, Wettbewerbe etc. sind bis zum 28. September einzureichen. Weiteres unter: [www.ej2010.de](http://www.ej2010.de).

**Wikigender [www.wikigender.org](http://www.wikigender.org):** Wikigender ist ein durch das OECD Entwicklungszentrum initiiertes Projekt zur Förderung des Austausches über *gender*-bezogene Themen weltweit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Aufbau des Wissens über empirische Beweise und der Identifizierung von adäquaten Statistiken zur Messung von Gender Ungleichheiten.

---

<b>Asuka Sanada (WILPF japanische Sektion/ WILPF Kyoto):</b>
--

### **Vielen liebe Dank und auf Wiedersehen IFFF Berlin!!!**

Die Zeit ist so schnell vergangen. Es ist schon ein Jahr her, dass ich in Berlin meinen Studienaufenthalt angefangen und WILPF/ IFFF Berlin kennengelernt habe. Ich kann mich an den Tag, als mich Nina zum ersten Mal zum Liga-Treffen Ende September eingeladen hat und an das erste Liga-Treffen einen Monat später, wie auch an alle folgenden Treffen, an denen ich teilgenommen habe, immer noch ganz klar erinnern. Das Mitmachen bei IFFF macht einen großen Teil meiner Erinnerungen in Deutschland/ Europa aus, war aber auch ein vorgesehene Ziel meines 1-jährigen Aufenthalts.

Interessanterweise bin ich nicht erst in Deutschland, sondern in New York bei der UN-Konferenz (der 52nd CSW) mit IFFF Berlin in Kontakt gebracht worden. Dort habe ich an einer Veranstaltung von WILPF teilgenommen und nach 7 Monaten hat die Begegnung mich mit IFFF wieder verbunden.

An der Ritsumeikan Universität haben wir erst 2007 auf Vorschlag von unserer Professorin, Frau Kozue Akibayashi, eine der gegenwärtigen Vizepräsidentinnen der IFFF, „WILPF Kyoto (Rits)“ als eine neue Arbeitsgruppe der WILPF der japanischen Sektion gegründet. Seitdem bearbeiten wir hauptsächlich das Thema der sexuellen Gewalt gegen Frauen/ Mädchen auf US-Stützpunkten auf Okinawa und in anderen Teilen von Japan, die so genannten „Comfort Women“ (Sexuelle Sklaverei der japanischen Kaiserarmee während des Pazifik Kriegs), Kindersoldaten und andere Genderfragen durch Ausstellungen, Workshops, kleine Forschungsreisen nach Okinawa, der Teilnahme an internationalen Konferenzen und der Vernetzung mit lokalen Organisationen wie „The international Women's Network against Militarism“ und anderes.

Wie schon erwähnt, bevor ich nach Deutschland kam, hatte ich mir Ziele gesetzt. Ich wollte nicht nur an der Universität studieren, sondern mir einen einzigartigen Aufenthalt schaffen, den niemand anders haben kann: Das war für mich in der NGO mitarbeiten und die Friedensbewegungen.

Zum Glück war ich echt gesegnet mit solchen Gelegenheiten und ich konnte mich am „*International Board Meeting*“ von WILPF in Genf, der „*No to NATO-Konferenz*“ in Strassburg, „*Gender Budgeting Initiative*“ und den Anti-Atomwaffen-Sommeraktionen in Büchel und Bombodrom etc. beteiligen. Das hat mir dabei geholfen, viele angenehme und liebe Menschen aus der ganzen Welt, aus verschiedenen Kulturen und mit verschiedenen Denkweisen kennenzulernen, ein eigenes Bewusstsein zu entwickeln, mein Interesse für vielseitige Fragen zu erweitern, durch Diskussion neue Perspektiven zu gewinnen, meine Meinung und Gedanken zu bilden und vor allem, eine „Aktivistin“ zu sein.

Außerdem ist es sehr interessant, dass ich einerseits als eine Japanerin (bzw. Ausländerin) die Angelegenheiten zu und in Deutschland/ Europa bearbeite und andererseits von außen mein eigenes Land anschauere, und einen Raum finde, wo wir zusammen arbeiten können.

Liebe IFFF deutsche Sektion!!

Ihr habt mich immer ganz freundlich und warm aufgenommen und mir viele nützliche Informationen, Gelegenheiten für die Entwicklung meines Wissens und die Aktivitäten gegeben. Dafür möchte ich mich bei Euch von ganzem Herzen bedanken.

Die schöne Begegnung und das Mitmachen mit IFFF Berlin und anderen Friedensbewegungen in Deutschland/ Europa haben bestimmt meinen Aufenthalt sehr bereichert, das Leben in Berlin viel schöner gefärbt und meinen zukünftigen Weg erleuchtet.

Ich würde mich gern in Japan noch weiter und aktiver engagieren und die japanischen Aktivitäten mit der deutschen Sektion oder gar weltweit verbinden. Hoffentlich kann ich bald zurückkommen und Euch wiedersehen.

Auf Bald!

Asuka Sanada, 26.08.2009  
WILPF japanische Sektion/ WILPF Kyoto

Ligatreffen in Berlin 2009, von links nach rechts: Milla, Jeanette, Asuka, Nina, Irene, Kiki, Helga, Marion, Constanze.



**ANHANG - Schreiben an Frau Ministerin Wieczorek-Zeul zur Umsetzung der Resolution 1325:**

INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT - IFFF  
 WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM - WILPF  
 Beraterstatus bei den Vereinten Nationen, ECOSOC, UNCTAD und UNESCO  
 Sonderberaterstatus bei FAO, ILO und UNICEF  
 - Deutsche Sektion: [www.wilpf.de](http://www.wilpf.de) -



Frau Ministerin  
 Heidemarie Wieczorek-Zeul  
 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
 Postfach 12 03 22  
 53045 Bonn

Sehr geehrte Frau Ministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul,

als Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit unterstützen wir engagiert die UN-Resolution 1325 ‚Frauen, Frieden und Sicherheit‘ auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene. Ihre Initiative zur Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Resolution hat uns daher sehr gefreut. Ihre Ankündigung der Einberufung einer Koordinierungsstelle zwischen den Bundesministerien hierzu hatte auch bereits die Steuerungsgruppe des Frauensicherheitsrates, der wir angehören, in einem Schreiben an Sie gewürdigt.

Frauen spielen in den meisten Entscheidungsstrukturen zur Wiederherstellung oder Stabilisierung von Frieden trotz ihres hohen Engagements und ihrer Fähigkeiten sowie ihrer besonderen Betroffenheit von Gewaltübergriffen eine nur untergeordnete Rolle. Es ist daher unverzichtbar verstärkt Frauen an den Verhandlungstisch zu holen und zu Friedensvereinbarungen hinzuziehen.

In der Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans sehen wir großes Potential, um die Forderungen der Resolution 1325 in die innen- und außenpolitischen Strategien Deutschlands zu Frieden und Sicherheit unter Maßgabe der drei Ps Prävention von Kriegen, Protektion und Partizipation von Frauen einzupassen. Unserer Ansicht nach kann ein eigenständiger nationaler Aktionsplan in Kombination mit integrativen Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1325:

- zu größerer Reichhaltigkeit und Sensibilisierung für alle Bereiche der Resolution 1325 beitragen,
- die zwischenministeriale Koordination sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen erleichtern,
- die Eigenverantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der an der Umsetzung des Aktionsplans beteiligten AkteurInnen und Institutionen erhöhen,
- die Evaluierung und Kontrolle der Umsetzung der Resolution 1325 vereinfachen.

Wir begrüßen daher Ihr Engagement außerordentlich und würden uns für die Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans zur effektiven Umsetzung der Resolution 1325 wünschen, dass dieser:

- in einem transparenten und partizipatorischen Prozess unter Einbeziehung einer breitangelegten Miturheberschaft sowie zivilgesellschaftlicher AkteurInnen sowie in ressortübergreifender Zusammenarbeit (AA, BMZ, BMV und BMFSFJ) erarbeitet wird,
- eindeutige und realistische Ziele, Zeitrahmen, Initiativen und Anreize, Verantwortlichkeiten, Sanktions-, Kontroll- und Evaluationsmechanismen definiert,
- mit angemessen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet wird
- und schließlich auch die Vorgaben der Resolution 1325 zur Bekämpfung vor gewalttätigen Übergriffen in bewaffneten Konflikten einbezieht.

Davon ausgehend, dass Sie sich auch in Zukunft für einen Aktionsplan engagieren werden, möchten wir unsere Unterstützung bei diesem Vorhaben hiermit zusichern. Der politische Wille zur Umsetzung muss nun konkretisiert werden und sollte so etwa Eingang in einen zukünftigen Koalitionsvertrag finden.

Mit freundlichen Grüßen  
 Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit / IFFF / WILPF  
 Heidi Meinzolt